

45/AB

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Trattner, Ing. Meischberger, Dr. Krüger und Kollegen haben am 30. Jänner 1996 unter der Nr. 26/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Gutachten, Umfragen und Studien, die von meinem Ministerium in den Jahren 1992/1993/1994/1995 in Auftrag gegeben wurden, gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

1. Wieviele und welche Gutachten, Umfragen und Studien wurden in den Jahren 1992/1993/1994/1995 von Ihrem Ministerium in Auftrag gegeben?

2. Welche Kosten sind Ihrem Ressort durch diese Gutachten, Umfragen und Studien entstanden?

3. Welche Institute und Firmen wurden mit der Erstellung der jeweiligen Gutachten, Umfragen und Studien beauftragt?

4. Welchen Niederschlag fanden die Ergebnisse der Gutachten, Umfragen und Studien in der politischen Arbeit bzw. im Rahmen der Verwaltungstätigkeit Ihres Hauses?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1 :

(n den Jahren 1992/1993/1994/1995 wurden von mir bzw. meiner Vorgängerin insgesamt 29 Gutachten, Umfragen und Studien in Auftrag gegeben (allfällige Aufträge innerhalb des Bundeskanzleramtes bzw Ersuehen an andere Ressorts sind nicht inkludiert), wobei auf das Jahr 1992 neun, auf das Jahr 1993 fünf und auf das Jahr 1994 zwölf Gutachten, Umfragen und Studien entfielen. Im Jahr 1995 wurden drei Gutachten, Umfragen und Studien in Auftrag gegeben.

1992:

"Analytische Arbeitsbewertung und Frauendiskriminierung im Betrieb"

"Berufswahlprozesse bei Mädchen"

"Entgelt und soziale Absicherung für informelle Pflege und freiwillige Helferinnen"

"Gegen sexuelle Belästigung/Gewalt an Frauen mit Behinderungen"

"Gewalt gegen Frauen"

"Hinterbliebenenversorgung und Versorgung im Scheidungsfall in den OECD-Staaten und einigen Ländern des ehemaligen COMECON"

"Legal and administrative measures to counter violence against women"

"Pflegeberatung und -koordination im Sozialsprengel"

"Versteckte Diskriminierungen von Arbeitnehmerinnen auf kollektivvertraglicher und betrieblicher Ebene anhand ausgewählter betrieblicher Fallbeispiele im Bundesland Salzburg"

1993 :

"Frauen im Medien- und Kulturbetrieb"

"Mitarbeit und Beteiligung der Männer bei der Haushaltsführung, Kinderbetreuung und zu pflegenden Personen"

"Ursachen und Folgen von Gewaltanwendung gegenüber Frauen und Kindern"

"Überprüfung geschlechtsneutraler/nicht geschlechtsneutraler Stellenanzeigen gem. § 2c des Gleichbehandlungsgesetzes für die Anwaltschaft für Gleichbehandlungsfragen"

"Vergewaltigung - ein Verbrechen im Spiegel der Justiz"

1994:

"Bildung"

"Frauen-Erwerbs-Arbeit"

"Frauen in der Politik"

"Gesundheit"

"Ökonomische Situation"

"Schulische Prävention von Gewalt und sexueller Gewalt unter dem Blickwinkel des Geschlechterverhältnisses"

"Sexualität, Fruchtbarkeit, Gewalt"

"Sexueller Mißbrauch und (sexuelle) Gewalt - Präventionsarbeit in der Schule - Rahmenbedingungen, inhaltliche Konzepte, Forderungen"

"Soziale Aspekte der Lebenssituation von Prostituierten"

"Sozialpolitik und Frauen"

"Überprüfung geschlechtsneutraler/nicht geschlechtsneutraler Stellenanzeigen gem. § 2c des Gleichbehandlungsgesetzes für die Anwaltschaft für Gleichbehandlungsfragen"

"Weibliche Lebensformen"

1995 :

"Arbeitsmarktförderung Aktion 8000 von 1988 bis 1990, Auswertung nach frauenpolitischen Gesichtspunkten"

"Frauen im Heer im internationalen Vergleich"

" Sprachliche Gleichbehandlung von Frau und Mann"

Zu Frage 2:

Für die in der Beantwortung der Frage 1 angeführten Gutachten, Umfragen und Studien sind folgende Kosten entstanden:

1992: S 7,326.836,66

1993 : S 3,573.797,35

1994: S 3,129.420,--

1995 : S 3,472.579,60

Zu Frage 3 :

Da durch die Bekanntgabe der mit der Erstellung der jeweiligen Gutachten, Umfragen und Studien betrauten Institute und Firmen Interessen Dritter verletzt werden könnten, ersuche ich um Verständnis, daß ich von einer Beantwortung dieser Frage absehe.

Zu Frage 4:

Gutachten, Umfragen und Studien dienen vor allem der Entscheidungsfindung und der Zieldefinition. Sie sind Teil eines komplexen Entscheidungsprozesses im Rahmen des politischen oder administrativen Handelns.